

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonrate kosten die 6gespaltene

Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

Reklamen pro Zeile 30 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Fernsprech-Anschluss Nr. 30.

Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von

A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal „Fahrplan“ und ein-
mal „Kalender.“

Redaktionschluss: 10 Uhr Vorm.

Bezugspreis:

Monatlich 50 Pfennig.

Durch die Post bezogen viertel-
jährlich 1.50 Mark.

Von derselben frei ins Haus ge-
liefert 1.92 Mark.

Nr. 74.

Samstag, den 28. März 1914.

24. Jahrgang.

Rund um die Woche.

Wir haben wieder zwei Monarchen-Begegnungen hinter uns, in Wien und Venedig, beide anlässlich der Reise Kaiser Wilhelms. Der offizielle Bericht erzählt von der „erneuten“ Festigung des Dreibundes. Diese Begegnungen könnte man sich sparen, denn einer Festigung bedarf es gar nicht mehr. Das gegenseitige Vertrauen zwischen Deutschland, Österreich und Italien ist so groß, dass die jüngste russische Behauptung, Kaiser Wilhelm habe einmal in einem Gespräch mit dem russischen Kriegsminister Schaulowinow das Gabsburgerreich als reif zur Aufteilung erklärt, als plumper Störungsversuch verächtlich abgetan.

Noch ist kein Statthalter für Straßburg ernannt, aber am Gründonnerstag trifft der Kanzler beim Kaiser in Rom ein, und dann soll die Frage endlich gelöst werden. Sie macht mehr Schwierigkeiten, als man dachte. Die ersten beiden Kandidaten, Frhr. v. Schorlemer und Frhr. v. Rheinbaben, lehnten ab. Es ist ja an sich keine leichte Aufgabe, jetzt in den Reichslanden an der Spitze zu stehen, und sie wird neuerdings auch noch finanziell erschwert, denn von den Repräsentationskosten, 200 000 Mark, hat der Straßburger Landtag die Hälfte zu tragen. Wer unter den Kandidaten aber hat ein so großes Vermögen, daß er eine fürstliche Hofhaltung allein heraus bezuzahlen könnte? Vielleicht wird auch die vielgenannte Kandidatur des preussischen Ministers v. Dallwitz an dieser Klippe scheitern. Aber auf keinen Fall daran, daß, wie der Rat sich wissen wollte, der Großherzog von Baden durch den Fürsten von Fürstberg dem Kaiser habe sagen lassen, Herr v. Dallwitz werde in Süddeutschland als „parteilich“ zu erklären empfunden. Beide genannten Herren sind viel zu taktvoll, um dem Kaiser beizukommen, wie übrigens auch bereits durch eine amtliche Erklärung der badischen Regierung festgestellt wurde.

Die sogenannte englische Offiziers-Revolution scheint in keinerlei „energischen“ Maßnahmen führen zu sollen. Das englische Heer ist nach der britischen Verfassung nur ein Instrument von Ausnahmeweisen und muß eigentlich alle 6 Monate von neuem bewilligt werden; und es ist ausdrücklich verpflichtet, „niemand“ zu gehorchen, als dem König und daraus sich ergebenden „vernünftigen“ Befehlen. Also habe das Offizierskorps ganz korrekt gehandelt! Nach dieser verblüffenden Erklärung hat der Generalissimus der Armee, Feldmarschall French, es für richtig gehalten, seinen Abschied einzureichen.

Das Ergebnis der Rochette-Kommission in Paris, dieses Ausschusses von Parlamentariern unter „Jousses“ Vorsitz, der richterliche Befugnisse für die Dauer der Untersuchung erhalten hat, ist äußerst gering. Man hat niemand „gefaßt“. Nur daß alle hohen parlamentarischen Würdenträger, gelinde gesagt, sehr — bummelig sind und häufig persönliche mit Staatsinteressen verwechseln, hat man feststellen können. Der bisherige Finanzminister

Taillandier, auf den es eigentlich abgesehen war, geht so gut wie rein aus der Affäre hervor, dagegen steigt das Misstrauen gegen alle Politiker insgesamt. Man fühlt sich nachgerade nicht mehr wohl unter dem parlamentarischen System des „eine Hand wäscht die andere“, und es wächst die Zahl der Leute, die da glauben, daß es in absehbarer Zeit einen Systemwechsel geben müsse, wenn auch nicht gleich zum bonapartistischen Kaisertum.

In Spanien herrscht Befriedigung über die Beendigung eines alten inneren Streites. Don Jaime, das Haupt der Karlistenpartei, hat erklärt, auf die von seinem Großvater, seinem Vater und ihm erhobenen Ansprüche an den spanischen Thron verzichtet zu wollen. Seinen Anhängern rät er, sich dem jetzigen Regiment zu unterwerfen und als treue Untertanen fernerhin zu König Alfonso zu halten. Tatsächlich war der karlistische Gedanke, der erwachte, als Anfang des 19. Jahrhunderts König Ferdinand VII. seiner Tochter statt seinem jüngeren Bruder Carlos die Herrschaft hinterließ, nur noch von schwacher Lebenskraft. Früher hatte er mehrmals blutige Bürgerkriege hervorgerufen. So ist der Entschluß Don Jaimes als vernünftige Unterwerfung unter die Macht der Tatsachen anzusehen und demgemäß zu loben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Reichstagskommission zur Regelung des Subsidien- und Lieferungsverkehrs hat mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen, dem Reichstage die Annahme eines Gesetzesentwurfes zur reichsrechtlichen Regelung des Subsidienverkehrs zu empfehlen. Für den Fall der Ablehnung dieses Entwurfes wurde einstimmig eine Entschließung vorgeschlagen, die den Reichstagspräsidenten ersucht, in den Verhandlungen, für die er zuständig ist, auf dem Wege der Verordnung die in dem Antrage niedergelegten Grundsätze durchzuführen und auch bei den einzelstaatlichen Regierungen darauf hinzuwirken, daß sie beobachtet werden. Der Bericht über die zweite Sitzung der Kommission wird nach Ostern fertiggestellt werden.

Bei der Reichstagswahl in Borna-Began entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Rüssel 14 391, auf den Generalleutnant v. Liebert 12 731 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Generalleutnant v. Liebert erstellte gegenüber der Hauptwahl einen Stimmengewinn von 4090, sein Gegner einen solchen von 2314 Stimmen. Für den nationalliberalen Kandidaten wurden in der Hauptwahl 6519 Stimmen abgegeben.

Zur Unterstützung des Kleinbahnbaues in Preußen sind durch die bisherigen preussischen Eisenbahnleihegesetze insgesamt 127 500 000 Mark bereitgestellt worden. Der gegenwärtige Stand des Fonds ist folgender: An Staatsbeiträgen sind bisher bewilligt 124 754 218 Mark, in Aussicht gestellt sind 1 529 000 Mark, in nächster Zeit werden voraussichtlich Anträge in Höhe von 1 175 000 Mark entscheidungsreif, so daß dann von den bisher bewilligten Mitteln 127 453 718 Mark verbraucht sind und nur noch 41 282 Mark zur Verfügung stehen.

„Das weiß ich ja. Das wußte auch Vater“, versicherte Frau Emma.

Hans schweig mit zusammengekniffenen Lippen und grübelnd gefalteter Stirn. Ein Schweigen über wirbelndem Kopfe, männlich stolzer Bitterkeit und väterlicher Sohnesliebe, und es erwuchs daraus die kindsdemütige Bitte: „Wirst du mir noch weiter helfen können, Mutter?“

„Ja, ja, mein Sohn... Ich brauche ja nicht viel. Ich bin ja bloß eine einfache Frau. Ich kann auch noch etwas leisten... Ich dachte, wenn... wenn...“ Frau Emma schluckte einmal — wenn das Grundstück verkauft ist, ziehe ich mit Gutschen in eine kleine Wohnung. Ich könnte noch etwas plätten und bei Festgelegenheiten in besseren Häusern kochen.“ Sie hielt inne, und es suchte ein Schmerz um ihren Mund.

„Und das sollte ich leiden, Mutter?“ Er stand neben ihr und drückte ihren Kopf einen Augenblick an seine Brust. „Nein, Mutter. Wir bleiben immer zusammen... Schlag ein, daß du immer bei mir bleiben willst.“

Er hielt ihr die Rechte hin, und sie legte ihre zitternde Hand hinein. Und plötzlich kam über sie ein so Weiches, eine Gefühlschwäche, wie er sie nie an ihm anhatte. Mit träumerglänzenden Augen und weinerlicher Stimme bat sie: „Junge, ach mein Junge, wenn ich doch bei dir sterben könnte.“ Dann schluckte sie heillos wie ein Kind.

„Es war zu viel für dich in diesen Tagen. Laß uns schlafen gehen“, bat er und streichelte beruhigend ihre Hände.

Da wurde sie still, trocknete die Tränen und sah ihn, mit dem alten, festen Ausdruck in den Augen, an. „Ach, Junge, was mußt du von mir denken... Aber diese Tage... ja... man kennt sich schon selbst nicht mehr.“

Er hatte die Hände auf den Rücken gelegt und ging auf und ab. Es brannte noch etwas auf seiner Seele. „Fünf- bis sechstausend Mark werde ich wohl noch brauchen, Mutter“, sagte er endlich leise.

Sie nickte nur. „Ich denke, wir werden im ganzen wohl so an sehtausend Mark behalten.“

Der Schulerlaß der elsaß-lothringischen Regierung ist Gegenstand der Kritik in der reichsständischen Ersten Kammer gewesen. Staatssekretär Graf Roeder betont in seiner Erwiderung: Schon das Berechtigungsverfahren und die Frage der Examina zwingt uns, der Praxis der anderen Bundesstaaten zu folgen. Es handelt sich um ein Internum der Schulverwaltung, und ich kann nur dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ein solches Internum der Schulverwaltung aufsehnend von einem höheren Beamten in die Zeitungen gebracht worden ist. Wir werden uns das Recht, über das Verhalten der Lehrer innerhalb der Schule zu wachen, nicht nehmen lassen. Ich frage, aus welchen Worten des Erlasses man die Folgerung zieht, daß der Erlass zur Bestrafung der Lehrer untereinander führen kann. Ich habe volles Vertrauen zu den Herren Direktoren und Lehrern, daß sie den Erlass richtig verstanden haben und anwenden werden.

Die Novelle zum Kaltegesetz, mit der sich augenblicklich der Bundesrat beschäftigt, sieht eine Erhöhung der Abgabe an das Reich von 80 auf 90 Pfennig vor. Davon soll die Hälfte der Syndikatspropaganda unbeschränkt zufallen, die anderen 45 Pfennig sollen dagegen für Reichszwecke reserviert werden, eventuell mit der Beschränkung, daß 15 Pfennig dem Syndikat zufallen sollen, falls es noch notwendige Propagandaaufgaben nachweist. Damit würden zum mindesten 30 Pfennig als direkte Reichsteuer auf Kaltegas an das Reich gehen. Diese Belastung soll mit dem Jahre 1916 eintreten. Die bundesstaatlichen Beteiligungsvorrechte sollen fortfallen. Die Karezzeit soll zehn Jahre betragen, mit der Maßgabe, daß, wie jetzt nach zwei Jahren, die definitive Quote zwar formell erteilt wird, aber Beschränkungen erfährt, die sich von 40 v. H. an alljährlich abschwächen.

Frankreich.

Das gerichtliche Verhör der Frau Caillaux wird mit kurzen Unterbrechungen von dem Untersuchungsrichter fortgesetzt. Frau Caillaux erklärte wiederholt, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, Calmette zu töten, sie habe lediglich die Briefe von ihm fordern wollen. Sie sei allerdings entschlossen gewesen, für den Fall, daß er sich weigern sollte, die Briefe herauszugeben, zu schießen, und habe den Revolver für alle Fälle gekauft. Die Angeklagte sagte weiter, die einzige Erklärung für ihr Verhalten sei, daß sie völlig von Sinnen gewesen sei. Im weiteren Verlaufe des Verhörs sagte Frau Caillaux, daß sie nur die Wahrheit sage. Sie könnte heute beispielsweise behaupten, daß Calmette gegen sie Drohungen ausgesprochen, daß er sie herausgefordert habe. Aber sie sehe es als ihre unwürdige an, die Unwahrheit zu sagen. Auf die Bemerkung des Untersuchungsrichters, daß der Vorbedacht aus dem Anlaß des Revolvers und aus der Schießübung hervorgehen könne, antwortete Frau Caillaux, sie habe keine Schießübung vorgenommen, sondern sich lediglich mit der Handhabung der Waffe vertraut machen wollen, da sie vorher noch niemals mit einem Revolver geschossen hatte.

Belgien.

Mit den Glücksspielen in den Bädern beschäftigt sich die Kammerkommission, indem sie einem Antrage au-

Aus stillen Gassen.

Roman von Margarete Wolf.

Fortsetzung. Nachdr. verboten.

„Es war die große Freude“, entgegnete Frau Emma und lehte sich zu ihm an den Tisch.

Stumm und bekümmert saßen sie und sahen. Dann aber lösten sich die Gedanken und alles, was im heimlichen Winkel ihrer Herzen lauerte.

„Was wird werden, wie wird es werden?“ fragte Hans, fuhr sich mit der rechten Hand an die Stirn und schob den eigenwilligen braunen Haarschopf zurück.

„Wenn es noch das alte, alte Krämergeschäft wäre, würde ich es weiterführen“, entgegnete Frau Emma.

Er schüttelte heftig den Kopf. „Nein, nein, du hast genug gearbeitet.“

„Wir werden das Grundstück verkaufen müssen.“ Hans lächelte, mit glitzernder Stimme sagte sie es und warf einen schmerzlichen Blick auf die Tür zur Totenküche.

Hans sah und starrte vor sich hin.

Sie sprach mit leiser Stimme weiter: „Es ist fünf- bis sechstausend Mark wert. Fünftausend Mark sind aber bloß unter. Große hat die letzte Hypothek...“

„Fünftausend Mark... Viertausend Mark hat Vater ins Geschäft gesteckt. Achttausend Mark hatten wir auf die Hand gebracht und haben es dir nach und nach geschickt.“

„Daß du so viel Stunden geben solltest, wollte Vater nicht, weil Herr Rammlein meinte, du hättest genug zu tun.“

„Ich habe mich eingerichtet, wo ich nur konnte“, schätzte Hans niedergedrückt.

„Und du willst mir wirklich die nötige Summe geben, und willst mit mir von vorn anfangen, um Existenz, um Fortkommen zu sorgen? ... Ach, was hast du schon für viele Sorgen und Arbeit im Leben gehabt!“ Seine Augen glänzten warm zu ihr hinüber.

Die übrigen aber leuchteten auf. „Anderes wäre mir mein Leben nichts wert... Es heißt doch schon in der Bibel: Wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.“

Er sah sie abermals an... Das war seine Mutter wieder... Das aufopferungsfähigste Weib, die beharrliche, stolze Kämpferin. O, was hatte er für eine Mutter... Was war das für eine Frau.

Sie saßen und lauschten auf den schwächer werdenden Stürmen. Einer war von warmen und stolzen Empfindungen für den anderen erfüllt.

Dann versuchten sie ein wenig Schlaf zu finden. Hans bettete sich auf das Bohnstübensofa, da ihn die Mutter darum bat. Er konnte aber gar nicht zur Ruhe kommen.

Es gingen zu viele Gedanken durch sein Hirn. An Vater und Mutter dachte er, an das abgedeckte Haus und an das, was werden sollte. Dann kam er in einen druselnden Zustand. Da quälten ihn lauter Nebensächlichkeiten. Am beharrlichsten plagte ihn die Frage nach der Zukunft des Eisenstückes, welches das Dach durchschlagen und dem Sturm Eingang verschafft hatte. Endlich schlief er aber doch ein wenig ein.

Blauer Himmel und heller Sonnenglanz schauten auf die Verwüstungen der Nacht hernieder. Hans stand mitten im Garten und sah zu dem abgedeckten Dach des Hauses hinauf. Dann schritt er langsam über die Weg

Fortsetzung folgt.

himnte, in Zukunft das Spiel in den Kurialen von Ostende und Spa zu dulden. Da aber die Kammer in Folge der bevorstehenden Neuwahlen nicht über Ostern hinaus tagen wird, kann der Antrag in diesem Jahre noch nicht Gesetz werden, was zur Folge hat, daß man in den beiden eleganten Badeorten erst im Jahre 1915 allgemein und andernfalls geheim wird spielen dürfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Plenum der Kammer sich dem Antrag der Kommission anschließen wird.

Rußland.

* Eine beispiellose Polizeikorruption hat man in Wien aufgedeckt. Nachdem der Polizeimeister Stefan Kien geschwiegener Amtsführung entlassen worden war, entdeckte man, daß die Beamten der Polizei unter sich eine Bande von Expreßern gebildet hatten. Sie haben Inhaber von Geschäften: Kinematographentheatern, Restaurants und Varietés förmlich terrorisiert und von ihnen fortgesetzt größere Geldbeträge erpreßt. Die Häupte der Expreßer sind bereits hinter Schloß und Riegel.

Oesterreich-Ungarn.

* Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand erfolgte am Freitag mittag auf Schloß Miramare bei Triest, wo der Kaiser am Bord der „Hohenzollern“ von Venedig aus eintraf. In dem kleinen Hafen des Schloßes legte der Kaiser mit der Barke der „Hohenzollern“ an. Kläffend betrat der Kaiser das Land, und Kaiser und Erzherzog umarmten einander wiederholt, worauf der Kaiser der Herzogin von Hohenberg die Hand küßte. Am Nachmittag stattete der Kaiser der Stadt Triest einen kurzen Besuch ab. Dann kehrte er auf die „Hohenzollern“ zurück, die sofort nach Korfu dampfte.

Türkei.

* Gefährliche persönliche Angriffe gegen den General Siman v. Sanders und gegen seine beiden Töchter, die kürzlich, als sie in Begleitung eines Offiziers spazieren gingen, überfallen wurden, hatte sich der Pariser „Matin“ geleistet. Darauf stellte der General, den zwei deutsche Offiziere begleiteten, den Konstantinopeler Vertreter des Blattes, Detrez, mit dem Revolver in der Hand. Über den weiteren Verlauf der Sache schreibt nun der „Matin“: „Detrez bewies, daß er der Verbreitung dieser Gerüchte vollkommen fernstehe, und die Offiziere zogen sich darauf zurück. Am nächsten Tage sprach der Oberst v. Chauvenet im Auftrage Simans in der Wohnung von Detrez vor und drückte ihm sein Bedauern über die Szene aus. Er fügte hinzu, daß der Urheber der vorgebrachten Anklagen gegen Detrez ebenfalls sein Bedauern ausdrückte. Herr Detrez hatte dem französischen Votschaster Compard von dem Zwischenfall Mitteilung gemacht. Compard sprach darüber mit dem deutschen Votschaster, Herrn v. Wangenheim. Herr v. Wangenheim hat nun Herrn Compard einen Besuch gemacht und dem französischen Votschaster sein Bedauern über das Vorgefallene ausgesprochen.“

Aus In- und Ausland.

Speyer, 27. März. Domkapitular Dr. Zimmern ist heute nacht nach mehrjährigem Leiden im 78. Lebensjahr gestorben. Dr. Zimmern war lange Zeit Mitglied der Zentrumsfraktion des bayerischen Landtages.

Karlsruhe, 27. März. Der Strafantrag gegen den bayerischen Landtagsabgeordneten Abrecht lautet auf Betrug in Höhe von zwei Millionen Mark, auf Entführung und Urkundenvernichtung.

Wien, 27. März. Gegenüber der Meldung über angebliche Anarchie in Durazzo und Verhängung des Kriegszustandes wird von unterrichteter Seite erklärt, daß über irgendwelche beunruhigende Vorgänge in Durazzo nichts bekannt ist. Nach den letzten Telegrammen aus Durazzo herrschen dort vollständig normale Zustände.

Luzern, 27. März. Hier verlautet gerüchtwiese, die lugemburgische Regierung habe gegen die Urheber der Kundgebung gegen die deutschen Offiziere vor dem Hofkonzert ein Strafverfahren eingeleitet.

Berlin, 27. März. In der Sitzung der vereinigten Duma-Kommissionen des Krieges und der Marine für Verlehrsanlagen wurden die Kredite für den Bau von strategischen Chaussees nach der Westgrenze angenommen.

Regio City, 27. März. Das Kriegsamt erhielt eine Depesche, in der die Niederlage der Rebellen unter General Villa vor Torreón bestätigt wird. Die Zahl der auf Seiten der Rebellen Gefallenen wird mit 700 angegeben.

Hof- und Personalmeldungen.

* Der Kaiser trifft am 13. Mai in Wiesbaden ein, wo er zur Teilnahme an den Festspielen im königlichen Schauspielhaus bis zum 18. Mai verbleibt.

* Der König von Sachsen begibt sich noch in diesem Frühjahr nach Petersburg, um dem Jaren für die im vorigen Jahre erfolgte Verleihung des 4. Infanterie-Regiments Korpsk in Petersburg zu danken. Bereits König Albert von Sachsen war Chef dieses Regiments gewesen.

Soziales und Volkswirtschaftliches.

* Eine Dividendenherabsetzung um 1300 Prozent ist wahrlich keine Kleinigkeit. Diesen Reford schlägt jetzt die Koloniale Bergbaugesellschaft. Trotz dieser in der Geschichte der deutschen Industrie wohl noch nie vorgekommenen Reduktion des Gewinnanteils schüttet die Gesellschaft, die in Südwestafrika Abbau von Diamanten betreibt, immer noch die stattliche Dividende von ca. 2500 Prozent aus; sie steht damit in Bezug auf Rentabilität an der Spitze aller deutschen Unternehmungen. Die Koloniale Bergbaugesellschaft wurde feinerzeit, als die ersten Diamanten in Südwest aufgefunden wurden, von dem damaligen Bahnmeister Stauch gegründet, der es in kurzer Zeit vom einfachen Beamten zum Millionär gebracht hat.

Besserstellung der Altpensionäre.

Pensionsbeihilfen.

Berlin, 27. März.

Den seit Jahren geäußerten Wünschen der Altpensionäre und Hinterbliebenen soll nunmehr Rechnung getragen werden. Dem Bundesrat ist eine entsprechende Vorlage zugegangen, die in der Hauptsache folgendes vorstelt:

Es soll den bis zum 1. April 1908 pensionierten Beamten und Offizieren auf Antrag und im Falle des Bedarfs eine Pensionsbeihilfe gewährt werden, die betragen soll: bei Personen bis zu 1500 Mark 20 Prozent, bei 1500 bis 3000 Mark 15 Prozent und bei mehr 3000 Mark 10 Prozent. Beihilfe und Pension zusammen sollen jedoch nicht über 6000 Mark hinausgehen. Witwen und Waisen der bezeichneten Personen ist unter denselben Voraussetzungen eine Hinterbliebenenbeihilfe zu gewähren, und zwar sind die gleichen prozentualen Zuschläge an-

zuwenden, nämlich 20 Prozent oder 15 Prozent oder 10 Prozent. Die rechnerische Unterlage hierzu bildet das Wittwengeld, je nachdem es bis zu 800 Mark oder bis 1200 Mark oder noch mehr beträgt. Ebenso wird der prozentuale Zuschlag beim Wittwengeld veranlagt.

Auch bei dem Wittwengeld ist eine Höchstgrenze einzuhalten, in dem Sinne, daß Beihilfe und Wittwengeld zusammen nicht 2400 Mark überschreiten dürfen; bei Wittwaisen bilden 800 Mark, bei Halbwaisen 480 Mark die obere Grenze. Die durch die gesamte Vorlage eintretende Mehrbelastung des Reichsbudgets wird rund 7 Millionen betragen.

Die Monarchenunterredungen in Venedig.

Praktische Freundschaftsbeweise.

Rom, 27. März.

Der sehr häufig von der Regierung inspirierte „Corriere della Sera“ bringt einen aufsehenerregenden Artikel über die Besprechung zwischen Kaiser Wilhelm und dem König von Italien und erklärt, das einzige Thema der Unterredung in Venedig sei die asiatische Türkei gewesen. Der König habe dem Kaiser auseinandergesetzt, daß Italien, falls es in Kleinasien überhaupt wirtschaftliche Erfolge erzielen wolle, auf die Hilfe Deutschlands angewiesen sei. Deutschland müsse Italien namentlich bei der Erschließung Pamphiliens und Kilikiens unterstützen und die Bagdadbahn in Eregli oder sonstwo mit einer italienischen Adalialinie verbinden. „Deutschland“, schließt der „Corriere“, „könnte uns helfen, denn es ist in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, die interessierte Macht, die uns ihre Freundschaft praktisch beweisen kann. Ohne diese müßte Italiens Werk größtenteils fruchtlos bleiben.“

Russisches Pferdeausfuhrverbot.

Eine Überraschung.

Petersburg, 27. März.

Der russische Ministerrat genehmigte die Einbringung eines Gesetzesentwurfes in der Reichsduma, der nichts weniger bezweckt, als ein glattes Pferdeausfuhrverbot. Aber die Gründe zu dieser Maßregel wird folgendes bekanntgegeben:

Durch das Gesetz sollen die Westgrenze und die Häfen des Schwarzen Meeres zeitweilig für die Ausfuhr von Pferden geschlossen werden, weil die in der letzten Zeit erfolgte starke Ausfuhr nach Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten und anderen Ländern den Preis von Remontepferden außerordentlich gesteigert hat, wodurch das Kriegsministerium gezwungen wurde, die dafür im Budget angelegten Kredite beträchtlich zu überschreiten.

In Zeiten politischer Spannung würde man einer solchen Maßregel keine besondere Bedeutung beilegen, aber im gegenwärtigen Augenblick ist sie doch geeignet, starkes Befremden zu erregen. Fraglos richtigerweise das Ausfuhrverbot gegen den Dreiebund.

Antideutsche Polendemonstration.

Die Warschauer Krawalle.

Petersburg, 27. März.

Nach Meldungen aus Warschau beabsichtigt man dort, die Angelegenheit der Demonstration der polnischen Studenten vor dem deutschen Konsulat in Warschau während des Prozesses gegen die Demonstranten zu einer zweiten großen antideutschen Kundgebung zu benutzen. Die verhafteten Studenten, deren Gesuche um Freilassung gegen Kaution abgelehnt wurden, haben zu ihrer Verteidigung die hervorragendsten polnischen Rechtsanwältinnen angenommen, die wahrscheinlich vor Gericht auch politische Fragen zur Sprache bringen werden.

Deutscher Reichstag.

(242. Sitzung.)

CR. Berlin, 27. März.

Am Bundesratslich: Staatssekretär Dr. Lisco. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Werner-Giebel wird auf Antrag der Kommission nicht erteilt. Es folgt die Beratung des

Gesetzesentwurf über die Konkurrenzklause.

Staatssekretär Dr. Lisco: Die Verhandlungen in der Kommission haben im großen und ganzen zu einer erfreulichen Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag geführt. Eine Einigung ist nicht erzielt worden in drei Punkten, nämlich über die den Handlungsgesellschaften zu zahlende Entschädigung, die auf ein Drittel des Gehalts festgelegt werden soll, und die die Kommission auf die Hälfte erhöhen will; ferner über Festsetzung der Mindestgehaltsgrenze von 1500 auf 1800 Mark und schließlich über das Recht des Gläubigers auf ausschließliche Sicherung der Vertragsstrafe. Die Regierung würde, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu vereiteln, im ersten Punkte nachgeben. (Beifall.) Dagegen sind die Kommissionsbeschlüsse bezüglich der Erhöhung der Gehaltsgrenze und der Vertragsstrafe für die Regierung unannehmbar. Darüber soll von vornherein kein Zweifel mehr gelassen werden. Aber die Gründe für diese Stellung habe ich mich bereits in der Kommission eingehend geäußert.

Abg. Trimborn (Z.): Nach den Erklärungen des Regierungsvorstehers ist es erforderlich, daß die einzelnen Fraktionen zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen. Mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Reichstags beantrage ich, die zweite Beratung zu vertagen.

Abg. Haase (Soz.): Die Geschäftsfrage des Reichstags kann für die Vertagung nicht maßgebend sein. Die Frage ist für die Handlungsgesellschaften so wichtig, daß sie nicht weiter hinausgezögert werden darf.

Abg. Weinhausen (Vp.): Auch für uns ist die Vertagung des Hauses nicht maßgebend. Wir würden gern noch die Sache erledigen. Aber die Regierungserklärung schafft eine neue Situation, über die die einzelnen Fraktionen erst beraten müssen.

Abg. Baffermann (natl.): Die Regierungserklärung wäre an sich kein Grund zur Vertagung. Der Seniorenkongress hat über die Geschäftsfrage bereits Beschlüsse gefaßt und es entspricht nicht der Gepflogenheit des Reichstags, diese Beschlüsse im letzten Augenblicke umzustößen.

Abg. Frommer (L.): Auch wir erblicken in der gegenwärtigen Sachlage eine neue Situation und werden, ebenso wie die Reichspartei, für die Vertagung stimmen.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, in der die sozialdemokratischen Abg. Giebel, Bach und Dr. Quard gegen und die Abg. Dr. Waldbreit (Vp.) und Baffermann (natl.) für die Vertagung eintreten, wird der Vertagungsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Es folgen

Berichte der Petitionskommission.

Bei der Petition, betreffend Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs über die holländische Grenze des Regierungsbezirks Aachen beantragt die Kommission Über-

weisung zur Berücksichtigung, während ein tomorrow Antrag Übergang zur Tagesordnung beantragt.

Abg. v. Graefe (L.): Ein Bedürfnis, den Grenzverkehr zu erleichtern, besteht nicht. Wir müssen das Kleingewerbe vor allen Dingen schützen.

Abg. Reuter (Vp.): Der Reichstag kann unmöglich die Lebensmittel weiter zu verteuern. Wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen.

Gebietrat Dr. Trautvetter: Ich habe in der Kommission bereits eingehend und unter Angabe von Zahlen über das Bedürfnis zur Erleichterung des Grenzverkehrs berichtet. Nach kurzer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

Zur Petition betr. die heimliche Warenvermittlung liegt ein Kommissionsantrag auf Übergang zur Tagesordnung vor. Die Konservativen beantragen Übergang als Material. Der konservative Antrag wird abgelehnt.

Abg. Erzberger (Z.): Wenn in dieser Weise weiter verfahren wird, werde ich die Verschleissfähigkeit des Hauses bezweifeln. Ich bedaure, daß die Linke so wenig auf die schwache Beziehung des Hauses nimmt. Wir werden Zufallsabstimmungen erreichen.

Als Vizepräsident Dove den Kommissionsantrag zur Abstimmung bringen will, bezweifelt Dr. Dietel die Verschleissfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird abgebrochen.

Das Haus tritt sodann in die Osterferien ein und tagt sich bis zum 28. April.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(59. Sitzung.)

Berlin, 27. März.

Bei der fortgesetzten Aussprache über den Etat der Verwaltung der direkten Steuern legten die Parteien einmal ausführlich ihre Stellung dar zu den Steuern und dem Streitpunkt, ob die Landräte Steuerkommissare in der Veranlagungskommission werden sollen. Auf die Ausführungen des Abg. v. Ost-Barnitz (L.) antwortete mit eingehender Begründung Finanzminister Dr. Lenke:

Steuerpolitik der Regierung.

Er müsse Widerspruch erheben gegen die Auffassung, daß die Steuerkommissare ein Übel wären. Die Beschlüsse gegen die Kommissare, die sich durchaus bewährt hätten, erhoben werden, müßte er zurückweisen. Bei der Entscheidung würde nach Recht und Billigkeit verfahren, es läge der Regierung fern, Steuern herauszupressen. Wenn aber registrieren gefordert werde, so möchten die Herren Vertreter an die eigene Brust schlagen, denn sie bräuen jedes Jahr neue Entwürfe ein. Die sozialdemokratischen Vorschläge zur Freilassung der Einkommen bis zu 1500 Mark lehnte der Minister ab, ebenso die von anderer Seite erhobene Forderung, den Landrat wieder zum Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu machen. Dann begründete Abg. v. Strombeck (Z.) einen Antrag, der Wählende bei der Veranlagung persönlicher Verleuten beistehen will. Abg. Dr. Lepp (natl.) einen Antrag, der die Kreisverbände gemeinnütziger und familiärer Gesellschaften von der Steuer befreien will. Generalsteuerdirektor Heintze sagte, die Regelung dieser Fragen könne erfolgen, wenn die neue Steuernovelle vorgelegt würde.

Abg. Frhr. v. Jellib (fr.) richtete seine Wünsche hauptsächlich auf das baldige Zustandekommen einer neuen Steuernovelle, besonders im Hinblick auf die Mehrerträge durch den Wehrbeitrag. Nach einer Polemik des Abg. Cassel (Vp.) gegen die Landräte schloß die allgemeine Aussprache. Nach ungescheitlicher Spezialberatung wurden von den Abg. v. Strombeck (Z.) und Dr. Lepp (natl.) begründeten Anträge der Regierung als Material überwiesen. Angenommen wurde eine Resolution der Petitionskommission über die Schätzung des Ertragsmerites in dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücken. In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag Dr. Friedberg (natl.) auf Wiederberufung der von der Budgetkommission gestrichenen sechs Veranlagungskommissionsvorstände mit 192 gegen 11 Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt, ebenso abgelehnt wurden einige kleine Abänderungsanträge.

Nachdem die Einnahmen bewilligt waren, trat bei der Aussprache der Ausgaben Abg. Graf Wolke (fr.) ein in die Debatte des Standes der Katasterbeamten. Der Antrag wurde bewilligt und die Beratung des Etats der Verwaltung der

Indirekten Steuern und Zölle.

begonnen. Dabei führt Abg. Bartscher (Z.) Klage über die hohen Grundbesitzsteuern, die den Bauern sehr zu Lasten kommen. Ein eingebrachter Vertagungsantrag fand keine Beachtung, dagegen einigte sich das Haus in einer Geschäftsordnungsdebatte dahin, die Tagesordnung zu Ende zu führen. Auf dieser standen noch der Etat der Staatsbahn und der königlichen Seehandlung. Ferner 23 Verträge der Wahlprüfungskommission, die sämtlich auf Gültigkeit lauten und fünf Berichte der Petitionskommission.

Das Haus erledigte die Etats der Staatsarchiv und der Seehandlung, erklärte die 23 zur Beschlussfassung stehenden Verträge für gültig, verabschiedete die vorliegenden Beschlüsse und ging dann in die Osterferien. Nächste Sitzung Dienstag, den 21. April.

Heer und Marine.

* Schlechter Gesundheitszustand in der französischen Armee. Die amtliche „France Militaire“ veröffentlicht ein Statistil über den Gesundheitszustand in der Armee im Januar d. J., wonach die Zahl der Kranken bei weitem größer war als seit langem. In den Spitälern allein waren 1900 Kranke untergebracht, also 80 pro tausend, während im vorhergegangenen Monat 14 auf tausend entfielen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Verrat der Befestigungen Helgolands warf die Kaiserliche Marine dem Monteur Gaertner aus Berlin vor. Der Monteur Gaertner, Apothekerhelfer Rathmann aus Berlin soll ihn dabei unterstützt haben. Gaertner hat einer Firma einen dieser Art lasenen Plan der Befestigungen Helgolands entnommen. Für diese Tat wurde er vom Reichsgericht mit 1 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust bestraft. Rathmann erhielt wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis. Die Anklage auf Spionage konnte nicht aufrecht erhalten werden.

* 30 Jahre Zuchthaus für einen Expreßer. Der frühere Eisenbahner, jetzige Kaufmann Dübcher aus Augsburg wurde von der Braunschweiger Strafkammer wegen Expreßer in Zusammenhang mit Betrug und wegen schwerer Urkundenfälschung zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte unter anderen einem Kaiserlichen Expreßerlicher Briefe 5200 Mark abgenommen, ein anderer seiner Opfer hat sich das Leben genommen.

* Verurteilung eines Rechtsanwalts wegen Untreue. Die I. Strafkammer des Landgerichts Berlin verurteilte den Berliner Rechtsanwalt v. Dreher wegen Untreue zu 12 Monaten Gefängnis und erkannte auf Aberkennung des Rechts zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf zwei Jahre. Der Angeklagte, Handlungsgeselle Erich Böhmberg, hatte sich als Referendar und Dr. jur. ausgegeben, hatte wegen Betrages zu sechs Wochen Gefängnis und wegen Übertretung (Amtsanmaßung) zu vier Wochen Haft verurteilt. Die Untreue wurde bei der Verwaltung von Einnahmen und sonstigen Vermögens begangen.

Leichtes Waschen durch

Persil

das selbsttätige Waschmittel

Ohne Reiben und Bürsten, nach einmaligem $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ stündigen Kochen und sorgfältigem Ausspülen ist die Wäsche fertig. Erforderlich sind keine Zusätze an Seife, Seifenpulver etc., da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Cie., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der beliebtesten Henkel's Bleich-Soda.



Die beste und billigste Bezugsquelle

in 4- und 6-edigem Drahtgeflecht, Stacheldraht, Spanndraht, Drahtspanner, verz. Krampen, Bindendraht, Baumschützer, sowie in kompletten Einfriedigungen

ist und bleibt die Firma

Julius Rüping.

Kostenanschläge über komplette Einfriedigungen kostenlos.

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke“

ergibt höchste Erträge an schmackhaften und gehaltreichen Kartoffeln.

Ausnahme-Angebot
in
Draht-Geflecht!

Zur bevorstehenden Saison empfehle:

Viereckiges Maschinengeflecht

60 mal 2 60 mal 2,2 50 mal 2 50 mal 2,2 mm

100 3tm.	12,00	14,25	14,25	16,50	Mf.	pro Rolle von 50 Meter Länge.
hoch	27	30	30	35	Pfg.	im einzelnen Meter.

120 3tm.	14,50	17,00	17,00	19,75	Mf.	pro Rolle von 50 Meter Länge.
hoch	32	37	37	43	Pfg.	im einzelnen Meter

Sechseckiges Maschinengeflecht

75 mal 1,2 50 mal 1 50 mal 1,2 mm

100 3tm.	8,60	9,25	11,25	Mf.	pro Rolle von 50 Meter Länge.
hoch	18	20	25	Pfg.	im einzelnen Meter.

120 3tm.	10,30	11,20	13,75	Mf.	pro Rolle von 50 Meter Länge
hoch	22	25	30	Pfg.	im einzelnen Meter.

Vergleichen Sie bitte diese Preise und Qualitäten mit denen der sogenannten besten und billigsten Bezugsquelle in Braubach.

Chr. Wieghardt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief heute Nachmittag 5 $\frac{1}{4}$ Uhr sanft nach längerer Krankheit im Alter von 72 Jahren unser lieber, guter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Christian Keller

Kgl. Strafanstaltslehrer a. D.

Um stille Teilnahme bitten

Braubach, Andernach, Camberg i. T., Lütgendortmund, Wiesbaden, am 26. März 1914.

Otto Keller, Amtsgerichtssekretär u.
Frau Helene geb. Debus
Emma Keller, Lehrerin
Albert Türk, Lehrer u. Frau Auguste geb. Keller
Robert Baecker, Lehrer u. Frau Mathilde geb. Keller
und 9 Enkel.

Die Beerdigung findet statt Sonntag, den 29. März, Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Sterbehause Schulstrasse 1 aus.

Nachruf.

Gestern Nachmittag 5 $\frac{1}{4}$ Uhr verstarb nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden der

1. Beigeordnete der Stadt Braubach und Kgl. Lehrer a. D.

Herr Chr. Keller

Inhaber des Kronenordens 4. Klasse und des Adlers des Kgl. Hausordens von Hohenzollern

im Alter von 72 Jahren.

Der Verewigte hat noch im Ruhestand zahlreiche Ehrenämter verwaltet und seine langjährigen Erfahrungen und Geistesgaben in unermüdlichem Fleiß und seltener Pflichttreue bis an sein Lebensende in den Dienst der Stadt und der Allgemeinheit gestellt.

Uns aber war er ein lieber Freund, Kollege und Mitarbeiter, dessen Herzensgüte, edlen Charakter und große Opferwilligkeit wir hochschätzten.

Er wird unvergessen bleiben und wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten!

Braubach, den 27. März 1914.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Wohnung

zu vermieten

Chr. Schmidt 1.
Ronnengasse.

Schlichte's Steinhäger und Ekt Stonsdorfer

Kräuterbitter empfiehlt zu Originalpreisen
Emil Stöhr

Alle Garten-Gärereien

der Firma Gassen zu haben bei
Emil Faber,
Sonnenstraße.